

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Konjunkturpolitik durch Zollsenkung?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1956) : Konjunkturpolitik durch Zollsenkung?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 36, Iss. 5, pp. 243-247

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/132275>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Konjunkturpolitik durch Zollsenkung?

Handelspolitische Mittel haben langfristige Auswirkungen

Zölle gehören zu den gegebenen Voraussetzungen für den Außenhandel eines Landes. Ihre Veränderungen können bestimmte Industrien zum Schrumpfen bringen, andere ermutigen, und beeinflussen über Kosten und Preise die Erzeugungs- und Verbrauchsstruktur. Bei Abschluß von Außenhandelsverträgen werden die Sätze daher sorgfältig und mühsam ausgehandelt. Man entschließt sich zu Zugeständnissen, wenn diese „Opfer“ ausgeglichen werden durch kompensierende Zugeständnisse des Partnerlandes, so daß sich auf ganze gesehen doch ein Vorteil ergibt.

Aus dem falschen Handwerkskasten

Wenn jetzt vom Wirtschaftsminister eine lineare Zollsenkung von 30 % erstrebt wird zu dem ausgesprochenen Zweck, die in der gegenwärtigen Konjunkturphase davonlaufenden Preise festzuhalten, so greift er sozusagen nicht in den richtigen Handwerkskasten. Ein Faktor, mit dessen Stabilität die produzierende Wirtschaft im Interesse ihrer Kalkulationen (Unkosten, Lagerhaltung, erzielbare Preise usw.) rechnen muß, wird in den Dienst konjunktureller Absichten gestellt. Konjunkturpolitik aber bedarf ständiger, oft sogar überraschender Änderungen, wenn sie ihre Ziele erreichen will.

Allerdings beabsichtigt man nur eine Zollsenkung auf Zeit, d. h. auf 1 oder 1½ Jahre. Dann steht die Wirtschaft aber wieder vor einer neuen Unsicherheit. Wird bei Ablauf der Frist der Zoll wieder erhöht oder nicht? Das zeigen die beiden konjunkturpolitisch begrün-

deten partiellen Zollsensungen des vergangenen Jahres, die Mitte 1956 auslaufen sollen. Werden dann die früheren Zollsätze wieder gelten? Allerdings ist heute die Lage so, daß man nicht damit zu rechnen braucht. Die geplante 30 %ige lineare Zollsenkung, die am 1. Juli in Kraft treten soll, ist auch als Ablösung dieser noch laufenden Zollermäßigungsmaßnahmen gedacht. Eine Wiedererhöhung hätte bei der gegebenen Konjunkturlage in der Tat etwas Absurdes. Aber so überschaubar ist die Lage nicht immer.

Erhöhte Kaufkraft fordert höheres Warenangebot

Bei Erwägung einer linearen Zollsenkung hat natürlich die Überlegung eine Rolle gespielt, daß die mit Sicherheit zu erwartende Ermäßigung der Besteuerung die inländische Nachfrage und damit die Preise erhöhen wird. Das wäre allerdings zu vermeiden, wenn die Unternehmer Einsparungen auf dem Steuerkonto dazu benutzen würden, ihre Schulden abzubauen, oder die Verbraucher ihr erhöhtes Nettoeinkommen auf die Sparkasse tragen. Diese Annahmen sind jedoch wenig realistisch, auch wenn man an die Einführung zusätzlicher Sparanreize denkt.

Wohl aber könnte eine weitere Preissteigerung verhindert oder doch gedämpft werden, wenn man das Warenangebot auf dem Inlandsmarkt entsprechend der Nachfrage erhöht. Da das aber bei der gegenwärtigen Überbeschäftigung kaum anders möglich ist als durch Einfuhren, so bietet sich eine Zollsenkung, die mit einem Schlage alle Güterpreise um 30 % des Zolls

ermäßigt, als schnell wirkendes Auswegsmittel an, auch wenn grundsätzlich Bedenken dagegen bestehen. Eine Aufwertung der D-Mark würde natürlich in der gleichen Richtung wirken, doch stehen einer solchen radikalen Maßnahme wohl noch größere Bedenken entgegen, zumal auch die Ausfuhr dadurch beeinträchtigt werden würde.

Finanzpolitische Wirkungen

Was bedeutet nun eine lineare 30 %ige Zollsenkung? Zunächst gehen die Zolleinnahmen des Fiskus zurück, es sei denn, die Einfuhrerhöhung ist so stark, daß sie den Ausfall wieder einbringt. Immerhin machten die Einnahmen aus Zöllen im Jahre 1955 1,8 Mrd. DM aus, das sind 9 % der Gesamteinnahmen der Bundesrepublik. Auch wird Finanzminister Schäffer kaum auf die sogenannten Finanzzölle (Kaffee, Tee, Kakao, Tabak usw.) verzichten, auf die mehr als die Hälfte aller Zölle entfallen — der Rest zu etwa gleichen Teilen auf Landwirtschaft und Industrie. An den Rohstoffen geht eine Zollsenkung fast ganz vorbei, da sie meist zollfrei importiert werden, insbesondere so wichtige Rohstoffe wie Kohle, Koks und Erze. Erhöhte Einfuhren können, falls sie nicht mit ebenso erhöhten Ausfuhren zusammengehen, zu einer gefährlichen Verminderung der Gold- und Devisenreserven führen, gefährlich auch wegen unserer Verpflichtungen aus dem Internationalen Schuldenabkommen. Diese Reserven machen mit 12 Mrd. DM etwa die Hälfte unserer Vorjahreseinfuhr aus und sind auch in Anbetracht unserer Zahlungsverpflichtungen durchaus nicht übermäßig hoch.

Alle in der Abteilung „Zeitgespräch“ veröffentlichten Beiträge sind freie Meinungsäußerungen von Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Politik und von in- und ausländischen Mitarbeitern. Sie enthalten keine Stellungnahme der Redaktion und sind keine offiziellen Äußerungen der herausgebenden Institutionen.

Welche Preissenkungen sind zu erwarten?

Die lineare Zollsenkung soll nach Erhard auch vordem Agrarzöllen nicht Halt machen. Ist das noch realistisch gedacht, nachdem man gerade eine große Agrarhilfe beschlossen hat? Erhard müßte sich also auch gegen den Minister Lübke durchsetzen. Es bestehen schwere Zweifel, ob das möglich sein wird. Schließlich werden wohl praktisch nur die gewerblichen Preise von der „linearen“ Zollsenkung betroffen. Was bedeutet das?

Es kann nicht bezweifelt werden, daß es gerade die Preise für Nahrungsmittel sind, die den gewünschten Preiseffekt in erster Linie haben würden — falls sie nicht durch Kontingentierungen, Einfuhrschleusen und andere Einrichtungen im Sinne von „Marktordnung“ abgefangen werden. Errechnet man die Einfuhrpreise je Mengeneinheit, wie sie sich für 1955 ergeben, und schlägt ihnen einmal den geltenden Zoll zu, zum anderen den um 30 % ermäßigten Zoll, so kann man die Wirkung der Zollsenkung auf die Preise der importierten Erzeugnisse etwa absehen. Dann ergibt sich durch den 30 %igen Zollab-

schlag z. B. bei Butter ein Preisrückgang um 6 %, bei Schweineschmalz um 5 %, bei poliertem Reis um 4 %, bei Honig um 9 %. Bei gewerblichen Gütern beläuft sich der Preisrückgang nach Abschlag der Zollermäßigung z. B. bei Personenkraftwagen auf 7 % (30 bzw. 21 % Zoll gerechnet), bei Klimaanlage auf 1,5 %, bei Kühlschränken auf 1 %, bei Zwischenprodukten wie Ruß auf 4 %, bei gebleichtem Sulfatzellstoff auf 2 %, bei Wollstreichgarn auf 2 %, bei synthetischen Fäden auf 5 % usw.

Diese willkürlich herausgegriffene Auswahl soll natürlich nur ein Bild davon geben, um welche Größenordnungen es sich bei der Preisauswirkung einer Zollsenkung in der geplanten Höhe handeln kann. Natürlich hängt alles davon ab, wie weit die Preissenkung weitergegeben wird, in welchem Umfang die Nachfrage auf ermäßigte Preise (Nachfrageelastizität) reagiert usw. Schon eine Analyse — ganz abgesehen von einer Prognose — dürfte hier sehr schwierig sein. Sie wird auch später noch Probleme bieten, wenn man weiß, wie wirtschaftlich und statistisch alles abgelaufen sein wird. (W. A. W.)

trachtet man die Grundstoffe allein, so sind es sogar etwa 8 %. Die Lebenshaltungskosten sind in diesen beiden Jahren um 5 % gestiegen, wobei vor allem die landwirtschaftlichen Erzeugnisse mit einer erheblich höheren Steigerung den Durchschnitt beeinflussen. Läge ein genügendes inländisches Angebot vor, so würde dies den nötigen Preisdruck erzeugen. Wir befinden uns jedoch in Zeiten der Vollbeschäftigung; der Spartrieb ist nicht groß, und das Arbeitseinkommen wird ausgegeben. Die große Nachfrage schafft daher einen Verkäufermarkt, der natürlich einen Preisauftrieb begünstigt.

Die so erfreulichen Exportüberschüsse der letzten Jahre beweisen, daß mehr Güter ins Ausland strömen als eingeführt werden. Sie bringen aber zwangsläufig eine Verknappung des Inlandsangebots mit sich, die sich auf die Preise auswirkt. Der Gedanke einer Einfuhrsteigerung drängt sich dadurch geradezu auf. Um dies zu bewirken, müssen jedoch die einer Einfuhr entgegenstehenden Hemmnisse beseitigt werden, also die mengenmäßigen Einfuhrbeschränkungen, was durch weitere Liberalisierung geschehen könnte, und ferner die Zölle, die neben der Umsatzausgleichsteuer, die Einfuhrware belasten.

Die Erfahrungen waren günstig

Wir erinnern uns noch daran, wie Prof. Erhard im Frühjahr 1955 um die Ermächtigung kämpfte, bei Bedarf schlagartig Zölle zu senken, um Preissteigerungen entgegenzuwirken. Der Bundestag wollte jedoch nicht ausgeschaltet werden und versagte seine Zustimmung zu dieser Gesetzesänderung. Im Dezember 1955 kam es dann zu einem Kompromiß. Mit Zustimmung des Bundestags, jedoch im Schnellverfahren und ohne die Wirtschaft zu hören, wurden die Zölle für 270 Waren, vor allem Baubedarfsgüter und Produktionsmittel der Landwirtschaft, um 50 % gesenkt. Die Überraschung war geglückt. Der Handel mußte einige bereits verzollte Lagerbestände unter dem Druck der zollbegünstigt eingehenden Waren entsprechend billig abgeben. Die Aktion hatte jedoch einen Pferdefuß. Die Industrie war vernachlässigt, weil über ihren Kopf

Die Ablehnung von Zollsenkungen löst Preiserhöhungen aus

Mit seiner Ankündigung, die Zollpolitik wieder einmal in die Maßnahmen zur Konjunkturbereinigung einzuspannen und die Zölle linear um 30 % zu senken, hat Professor Erhard eine erregte Diskussion ausgelöst. Die Kritiker können sich noch nicht von dem Gedanken freimachen, daß die Zölle ein Instrument der Handelspolitik sind, daß man durch das Angebot einer Zollsenkung andere Staaten, in die man exportieren will, zur Senkung ihrer hohen, den eigenen Export störenden Zollmauern veranlassen kann, daß man mit Hilfe des Zolls die heimische Produktion schützt und vom billigen Auslandsangebot abkapselt und schließlich, daß die Zollhöhe möglichst lange stabil bleiben soll, um langfristige Dispositionen des Einfuhrhandels zu ermöglichen. Gegen alle diese traditionellen Vorstellungen scheint es zu verstoßen, wenn die Zölle zu einem konjunkturpolitischen Instrument gemacht werden sollen.

Es ist ein schwaches Argument, wenn man sich bei der Ablehnung eines neuen Vorschlags nur auf die Unüblichkeit oder die Nichtübereinstimmung mit den althergebrachten Lehren berufen kann. Auch die volkswirtschaftliche Entwicklung schreitet fort, und mit ihr können sich neue Erkenntnisse ergeben. Schließlich ist es nicht die Lust am Experimentieren, die den Beweggrund für die geplante Maßnahme abgibt, sondern die Notwendigkeit, die Preissteigerungen zu bremsen. Diese sind durch eine Entwicklung der Nachfrage bedingt, mit der das Angebot nicht Schritt gehalten hat. Während man am Ende des vergangenen Jahres Spannungen vor allem bei der Bauwirtschaft, bei den Investitionsgütern und den Grundstoffen beobachtete, sind jetzt auch die Konsumgüter ergriffen worden. Die Preise der gesamten industriellen Erzeugung liegen im März 1956 um über 4 % über denen vom März 1954; be-

hinweg vorgegangen worden war und der ihr nach ihrer Meinung zustehende Zollschutz verloren war. Zudem war die Senkung bis zum 30. 6. 56 befristet. Der Einfuhrhandel konnte sich für diesen kurzen Zeitraum nicht sofort günstige ausländische Einkaufsquellen erschließen, wollte es auch nicht mit den inländischen Lieferanten verderben, auf die er nach dieser Zeit wohl wieder angewiesen wäre, und konnte in vielen Branchen den Service und Ersatzteildienst für die Auslandsfabrikate nicht einrichten, ohne die Gewähr für langjährige Geschäftsbeziehungen zu haben.

Die Statistik lehrt, daß im Januar und Februar die Importe stets absinken. So ist es kein Argument gegen die Maßnahme, daß auch in diesem Jahre trotz der Zollermäßigung in den ersten Monaten keine allgemeine Einfuhrsteigerung zu verzeichnen war. Der Erfolg ist aber dennoch nicht zu leugnen; Baubedarfsgüter und landwirtschaftliche Maschinen wurden vermehrt importiert. Noch wichtiger dürften jedoch die indirekten Wirkungen sein. Inländische Produzenten gleichartiger Waren wurden gehindert, Preiserhöhungen vorzunehmen. Nachweislich wurde nämlich bei vielen Waren die Zollersparnis bis zu 10 % des Wertes voll an den Verbraucher weitergegeben, so daß er billiger kaufen konnte als vor der Zollsenkung. Das blieb nicht ohne Wirkung auf die Inlandspreise.

Sprechen schon diese Erfolge für eine Ausweitung der Zollsenkung auf sämtliche Waren, so wird man jetzt den Fehler einer zu kurzen Befristung vermeiden und die Senkung vorerst wenigstens für 1 bis 2 Jahre gelten lassen. Trifft sie alle Waren prozentual gleich, so entfällt der Vorwurf der ungleichmäßigen Behandlung; zudem wird dadurch die Harmonie des Zolltarifs am wenigsten gestört.

Industrielle Aufträge steigen

Der Industrie wird es schwer sein, einen Widerspruch mit ihrem Schutzbedürfnis zu begründen. Ihr Auftragseingang nahm im März wieder zu und liegt bei einem Index von 1951 = 100 im Durchschnitt bei 171 gegenüber 163 im Februar. Das Bestellvolumen war im März 1956 um 8 % größer als im März des Vorjahres; die Auslandsaufträge nahmen noch mehr zu als die Inlandsaufträge, insbesondere bei der Investitionsgüter- und der Grundstoffindustrie. Die Geschäftsberichte beweisen zudem die Mühe namhafter Betriebe, die Gewinne zu verdauen, ohne die Aktionäre und das Finanzamt zu sehr teilhaben zu lassen. Abschreibungen und Sozialfonds müssen für diesen Zweck vermehrt erhalten. Man wird daher Proteste gegen einen angeblichen Ruin der eigenen Produktion durch eine neue Zollsenkung sehr kritisch zu prüfen haben; zumindest sollte man keine Redensarten gelten lassen, sondern Zahlen verlangen. Ausnahmen könnten grundsätzlich wohl nur bei den preisgebundenen Agrarwaren und den Fiskalzöllen gelten, weil hier andere volkswirtschaftliche Überlegungen eine Rolle spielen. Auch könnte man erwägen, der Landwirtschaft wegen ihrer anerkannten Sonderverhältnisse einen niedrigeren Senkungssatz zuzugestehen als der gewerblichen Wirtschaft. Sie von der Aktion ganz auszunehmen, ist jedoch bedenklich, weil gerade hier das Ausland billiger liefern kann und die Verbilligung der Ernährungsgüter den Lebenshaltungsindex fühlbar entlastet.

Eine internationale Vorleistung?

International kann das deutsche Vorgehen einen kräftigen Impuls für die Bemühungen der OEEC und der Ministerkonferenz der Montanunionen um lineare Zollsensenkung ausüben. Die zu Ende ge-

hende GATT-Konferenz hat mit ihren mageren Ergebnissen bewiesen, daß man mit dem gegenseitigen Herunterhandeln bestimmter Zollpositionen nicht mehr weiterkommt. Nur noch lineare Aktionen versprechen Aussicht auf Erfolg. Da bei internationalen Verhandlungen vom ungekürzten Zollsatz ausgegangen wird, läßt eine nur befristete Senkung keine Schwächung der deutschen Verhandlungsposition befürchten. Eine deutsche Vorleistung liegt bei einer Senkung zwar vor, wird jedoch Früchte tragen, wenn die Niederrzoll-Länder ihre Drohung wiederholen, die Liberalisierung wegen der Nichtsenkung der Zölle der Hochschutzländer zu widerrufen. Ein Zoll hat seine Berechtigung verloren und bringt keinen Vorteil mehr, wenn das Auslandsangebot erwünscht ist und die heimische Wirtschaft gezwungen werden soll, durch Rationalisierung in das ausländische Angebot einzutreten. Bei einer expansiven Weltwirtschaft bedeutet die einseitige Aufgabe des Zollschatzes keineswegs mehr nur ein Opfer, weil sie den Wettbewerb mit seinen wohltuenden Folgen belebt. Daß die Käseglocke eines hohen Zolls kein Allheilmittel für die eigene Industrie ist, beweist die amerikanische Zollerhöhung für Uhren und Fahrräder.

Bei allen noch zu erwartenden Protesten gegen die lineare Zollsensenkung, die am 1. 7. 56 nach Auslaufen der alten konjunkturpolitischen Senkungen einsetzen müßte, beurteilen wir die Chancen für die Verwirklichung des Plans und seinen Erfolg günstig. Niemand wird nämlich die Verantwortung dafür tragen wollen, daß durch Ablehnung jeder weiteren Maßnahme am 1. 7. 56 die Zölle für eine größere Zahl von Waren in doppelter Höhe erhoben werden, da dies zweifellos der Startschuß für Preiserhöhungen größeren Stils wäre. (E-n)

VEREINSBANK IN HAMBURG

ÄLTESTE HAMBURGER GIROBANK

ZENTRALE: HAMBURG 11, ALTER WALL 20-30, TELEFON 341015
22 FILIALEN UND ZWEIGSTELLEN IN GROSS-HAMBURG, CUXHAVEN UND KIEL

Die Struktur des Zolltarifs ist gefährdet!

Die vom Bundeswirtschaftsminister vorgeschlagene 30 %ige lineare Zollsenkung steht zur Zeit im Vordergrund der wirtschaftspolitischen Diskussion. Sowohl unter konjunkturpolitischen als auch unter außenwirtschaftlichen Aspekten hält man in der Regierung eine Steigerung der Importe für unerlässlich. Mit der Erreichung der Vollbeschäftigung im Herbst vergangenen Jahres hat Westdeutschland ein konjunkturelles Entwicklungsstadium erreicht, das auf Teilgebieten zu gewissen Spannungen zwischen der Gütererzeugung und der Nachfrage geführt hat. Die Regierung hält deshalb im Interesse der Stabil-

einiger Zeit die sogenannten Niederschutzländer mit einer Einschränkung ihrer Liberalisierung, falls es nicht gelingt, die Disparitäten im europäischen Zollniveau zu beseitigen. Zweifellos richten sich diese Vorwürfe auch gegen die Bundesrepublik, obwohl gerade Deutschland im letzten Jahr zahlreiche Anstrengungen unternommen hat, die besonderen handels- und zollpolitischen Anliegen dieser Länder zu berücksichtigen.

Unterschiedliche Beurteilung in einzelnen Wirtschaftszweigen

Verständlicherweise findet der Zollsenkungsplan des Bundeswirtschaftsministers in der deutschen Wirtschaft eine unterschiedliche Aufnahme. Während der Bauernverband die Einbeziehung der Agrarzölle bereits grundsätzlich abgelehnt hat, liegt eine abschließende Gesamtstellungnahme der Industrie als des von dieser Aktion in erster Linie betroffenen Wirtschaftszweiges noch nicht vor. Die Industrie hat aber bereits in der Vergangenheit anlässlich der vorangegangenen konjunkturpolitischen Zollsenkungsmaßnahmen ihren Standpunkt klar umrissen. Sie hat sich dabei grundsätzlich gegen den Einsatz der Zölle zur Beeinflussung kurzfristiger konjunktureller Entwicklungen ausgesprochen und demgegenüber auf die Bedeutung der Zollpolitik im Rahmen einer langfristigen Wirtschafts- und Handelspolitik verwiesen. Es müßten deshalb schon schwerwiegende ökonomische Gründe vorliegen, die die Industrie zu einer Änderung ihrer bisherigen Haltung in dieser Frage veranlassen könnten.

In der Industrie bestreitet man selbstverständlich nicht, daß ein echter funktionaler Zusammenhang zwischen Binnenwirtschaft und Außenhandel besteht. Die Industrie erkennt durchaus an, daß die Stabilhaltung des inneren Preisgefüges und der deutschen Währung eine wesentliche Voraussetzung für die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit im Außenhandel darstellt. Man sollte sich aber davor hüten, die auf Teilgebieten vorhandenen konjunkturellen Spannungen zu verall-

gemeinern. Eine schematische lineare Zollsenkung über die gesamte Breite des gewerblichen Sektors unterstellt zu Unrecht die Notwendigkeit einer Beeinflussung des gesamten industriellen Preisniveaus. Ebensowenig wie die Handelspolitik kann die Zollpolitik auf eine Differenzierung der angewendeten Mittel verzichten.

Ausnahmen gefährden den Effekt

Die angestrebten preis- und konjunkturpolitischen Effekte lassen sich mit einer Zollermäßigung allenfalls dann erreichen, wenn auch die Agrar- und — zumindest teilweise — die Finanzzölle einbezogen werden. Maßnahmen gerade in diesem Bereich würden einen unmittelbaren Niederschlag in den Lebenshaltungskosten weiter Verbraucherschichten finden. Angesichts der innenpolitischen Lage erscheint es aber mehr als fraglich, ob das Parlament, das erst kürzlich ein besonderes Hilfsprogramm für die Landwirtschaft verabschiedet hat, im gegenwärtigen Zeitpunkt Senkungen der Agrarzölle zustimmen würde. Gegen eine Einbeziehung der Finanzzölle, auf die mehr als 50 % des gesamten Zollaufkommens entfallen, dürften mit Sicherheit fiskalische Einwände erhoben werden. Damit aber würde sich die Zollsenkungsaktion auf den gewerblichen Sektor beschränken und eine ausgesprochene Optik gegen die Industrie erhalten.

Im übrigen kommt eine Zollsenkung im geplanten Ausmaß einer Änderung der Struktur des deutschen Zolltarifs gleich. Eine lineare Zollsenkung setzt voraus, daß das

Philatelisten!
Ihr Hobby macht sich bezahlt, wenn Sie den interessanten Anregungen des Experten W. E. Fyndem in der Wochenschrift
STAMP COLLECTING
(Briefmarkensammlung) folgen; unentbehrlich für jeden Sammler. Europas einziges wöchentlich erscheinendes Briefmarken-Sammler-Organ, dessen Verbreitung sich über die ganze Welt erstreckt.
Fordern Sie kostenlose Probehefte an.
STAMP COLLECTING LTD.,
42 Maiden Lane, LONDON, W. C. 2.

erhaltung des deutschen Preis- und Lohnniveaus ein Ausweichen auf ausländische Versorgungsquellen für notwendig.

Aber offensichtlich auch aus währungs- und handelspolitischen Gründen glaubt die Regierung, auf die Schaffung zusätzlicher Einfuhranreize nicht verzichten zu können. Sie geht dabei von der Erwägung aus, daß die Überschüsse der Handels- und Zahlungsbilanz auch in naher Zukunft anhalten werden. Daraus resultiert aber eine weitere Liquiditätssteigerung als Folge der mit den Überschüssen verbundenen Ausweitung des Geldvolumens. Für nicht minder bedenklich hält man schließlich auch die Auswirkungen dieser Überschüsse auf das handelspolitische Verhältnis zu unseren Partnerländern.

Es ist nicht zu bestreiten, daß die hohe Aktivität unserer Handelsbilanz gegenüber wichtigen Handelspartnern auf lange Sicht die Gefahr von Retorsionsmaßnahmen gegen den deutschen Export in sich birgt. So drohen bereits seit



Wo fehlt eine?
Wir liefern alle Marken gegen bequeme Monatsraten, Anzahlung schon ab 4,- Postkarte genügt und Sie erhalten kostenlos unseren großen Schreibmaschinen-Ratgeber Nr. 573 D
NOTHEL & CO. Göttingen

gegenwärtige deutsche Zollniveau in sich ausgeglichen ist. Auch das muß höchst fraglich erscheinen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die autonomen und vertraglichen Zollsenkungen seit 1951 die einzelnen industriellen Bereiche durchaus un-

terschiedlich betroffen haben. Eine lineare Zollessenkung würde also den unterschiedlichen Vorleistungen der einzelnen Wirtschaftszweige keinesfalls gerecht werden. Man könnte nicht einmal handelspolitische Gründe für sie ins Feld führen, denn die Erfahrungen gerade bei den internationalen Zollverhandlungen haben gezeigt, daß sich die Zollforderungen des Auslandes jeweils auf ganz bestimmte, nach den Interessen einzelner Länder differenzierte Bereiche erstrecken, zu denen in der Regel der Agrarsektor gehört. Mit Sicherheit werden daher weite Kreise der Industrie einer differenzierten Zollpolitik, die der wirtschafts- und handelspolitischen Situation wesentlich besser gerecht wird, den Vorzug geben.

In der Industrie teilt man auch nicht den Optimismus, mit dem offensichtlich die Ressorts die künftige Entwicklung unserer Handels- und Zahlungsbilanz beurteilen. Eine Abschwächung der Expansion unserer Ausfuhr ist zwar vorerst nicht zu erwarten, wenn auch das allgemeine Wettbewerbsklima auf den Auslandsmärkten sich weiter verschlechtert. Ob aber die Überschüsse der Zahlungsbilanz in der bisherigen Höhe anhalten werden, muß angesichts der anlaufenden Rüstungsimporte und der verstärkten Schuldentilgung zweifelhaft erscheinen.

(Ug)

Kein Grund zur Panik

In den meisten Fällen schwerer Konjunkturreinbrüche hat die Panik Pate gestanden. Und das oberste Gesetz der verantwortlichen Wirtschaftspolitikern muß es sein, Panik zu verhüten. Der Wirtschaftsablauf in jeder freien Marktwirtschaft ist Schwankungen unterworfen. Die Aufgabe der Wirtschaftspolitik ist es, sich abzeichnende Anomalien mit sicherer Hand durch möglichst wenige Schwerpunktmaßnahmen zu heilen, selbst wenn diese für die eine oder andere Interessentengruppe unpopulär sein sollten. Der Wirtschaftspolitiker muß ebenso wie der Finanzpolitiker den Mut zur Unpopularität haben.

In einer vollbeschäftigten Wirtschaft, die über einen intakten Produktionsapparat und hochqualifizierte Arbeitskräfte verfügt und deren weltwirtschaftliche Verbindungen reibungslos laufen, gibt es überhaupt keinen Grund für panische Zustände. Was aber Panik auslösen kann, sind fortgesetzte Alarmrufe, die die Unsicherheit über die zu treffenden Maßnahmen verraten. Leider hat man uns in letzter Zeit in dieser Beziehung etwas viel zugemutet, während man lange Zeit vorher in einem unerschütterlichen Optimismus die Symptome der sich allmählich warmlaufenden Wirtschaftsmaschine schlechtweg leugnete. Wir sind jetzt in eine hektische Debatte über konjunkturbeeinflussende Maßnahmen eingetreten, in der über sich widersprechende wirtschaftspolitische Pläne (Kreditrestriktionen, Steuersenkungen, Zollabbau, Währungsaufwertung usw.) gestritten wird, ohne daß es gelingt, sich über die verschiedenen Interessentendpunkte hinweg für wirkungsvolle Maßnahmen zu entscheiden. In dieser Unsicherheit und Unentschlossenheit über die zu ergreifenden Maßnahmen liegt die größte Gefahr.

Es hat keinen Sinn, für die gegenwärtig kritische Phase des Konjunkturabfalls nach dem Schuldigen zu suchen. Schuldig sind wir alle, weil wir in einer Zeit des flüssigen Geldes den eigenen Wünschen — die durchaus nicht egoistischer Art zu sein brauchen — etwas bedenkenlos Spielraum gegeben haben. Das liegt aber in einer freien Marktwirtschaft nahe, und deshalb verspricht es wenig Erfolg, nur an die Disziplin zu mahnen; denn jeder ist der Meinung, daß seine eigene kleine Undiszipliniertheit ja nicht den Ausschlag geben kann. Die Kumulation der Wünsche hat zu einer Hypertrophie der Vorhaben geführt, die das Wirtschaftsgefüge verzerrt. Es käme darauf an, durch eine Selektion der Investitionsvorhaben das Angebot an Verbrauchsgütern zu heben. Zweifellos ist diese Selektion wichtiger als die Restriktion. Und meines Erachtens müßte die Ausweitung des Güterangebots leichter sein als die Beseitigung des Kaufkraftüberhangs. Unsere nebelhaften Vorstellungen von der Automatisierung verbinden sich allzugern mit der Forderung nach hohen Investitionsaufwendungen. Es gibt aber auch eine investitionsextensive Rationalisierung, die in der gegenwärtigen Konjunkturphase auf jeden Fall vorzuziehen ist. Auch in einer vollbeschäftigten Wirtschaft gibt es genügend Spielraum für eine fortschreitende Wohlstandssteigerung.

(sk)

Erste Vertriebsleiter-Konferenz der europäischen Industrie

Die gewaltige Technisierung der Produktionsprozesse hat den Massenmarkt geschaffen, der seine eigenen, völlig neuen Vertriebsprobleme aufwirft, von deren Lösung Bestand und Funktion der modernen Volkswirtschaft abhängen. Die moderne Vertriebsökonomik geht nicht mehr allein den Kaufmann an, sondern sie beeinflußt heute in entscheidendem Maße unseren Lebensstandard. Sie ist damit in das Blickfeld breiter Konsumentenschichten gerückt und erhält dabei wohl oder übel einen politischen Akzent. Augenfällig wird uns dies, wenn wir an die zunehmende Diskussion über die „zu hohen“ Vertriebskosten oder die „zu hohen“ Handelsspannen denken. Unbestreitbar haben die Probleme der Verteilungswirtschaft an Bedeutung so zugenommen, daß sie in ihrer Wirkung auf die günstigste Versorgung der Konsumenten mit den organisatorischen und technischen Produktionsproblemen konkurrieren. Diese Erscheinung ist kennzeichnend für die modernen Industriestaaten der westlichen Welt: sie ist der Ausdruck der liberalen Wirtschaftsordnung.

Die Einheitlichkeit der Problemstellung, wie auch die weltweite Absatzverflechtung der meisten Industrien legen es nahe, die Erfahrungen im Vertriebsbereich der Unternehmungen unter den einzelnen Nationen auszutauschen. Aus dieser Sicht heraus machte sich das Europäische Produktivitätsamt der OEEC unter der Leitung seines Direktors, R. Grégoire, zum gleichsam natürlichen Förderer der ersten Konferenz industrieller Vertriebsleiter auf internationaler Ebene.

Mit der Unterstützung interessierter nationaler und internationaler Organisationen wurde für die erste Maiwoche eine dreitägige Arbeitstagung in Paris vorbereitet, an der etwa 200 Unternehmer, industrielle Vertriebs- und Verkaufsleiter sowie die Fachvertreter aus Universitäten, wissenschaftlichen Instituten und verschiedenen Produktivitätsstellen aus insgesamt elf europäischen Ländern teilnahmen. Die branchenmäßige Zusammensetzung der Hörerschaft war außerordentlich vielfältig. Überraschend mag für manchen Teilnehmer die Feststellung gewesen sein, daß die Rohstoff- und Industriegüterindustrie minde-